

# N i e d e r s c h r i f t

## über die 32. Sitzung des Rates in seiner 6. Wahlperiode am 15.10.2003 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

---

### Mitglieder:

Dr. Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Belger, Hans-Martin	SPD-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
Dr. Budde, Johannes	CDU-Fraktion
Budig, Detlef	SPD-Fraktion
Butschko, Peter	CDU-Fraktion
Ditz, Hans-Joachim	CDU-Fraktion
Geyer, Jens	SPD-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Goller, Werner	SPD-Fraktion
Greis, Peter	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus anwesend ab während TOP Ö 5. bis TOP Ö 36.	CDU-Fraktion
Hackel, Gabriele	CDU-Fraktion
Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Knauer, Ariane (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
Dr. Knops, Hans Joachim	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Liebe, Luda	Fraktion MBM/F.D.P.
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Neufeldt, Friederike	CDU-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Ockel, Reinhard	CDU-Fraktion
Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion	CDU-Fraktion
Pruin, Stefan anwesend ab TOP Ö 2.	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Raabe, Peter	CDU-Fraktion

Richrath, Martin	CDU-Fraktion
Sander, Dieter	SPD-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Scheige, Gerardo	Fraktion PETO
Schmidt, Harald (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
Schunke, Dieter	SPD-Fraktion
Senft, Harald	CDU-Fraktion
Stamm, Andrea	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Stapper, Norbert	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Tonn, Elisabeth (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Warden, Marion	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Thomanek, Georg	Verwaltung
Waters, Thomas	Verwaltung
Herforth, Gisela	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Kirberg, Inge	Verwaltung

Beginn der Sitzung 18:09 Uhr

Ende der Sitzung 22:12 Uhr

## Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. 2003/0422 Vorstellung und Übergabe des besonderen Einkaufsleitfadens für Monheim und Baumberg
- Ö 3. Kenntnissnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-
- Ö 4. 2003/0390 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 12.06.2003
- Ö 5. 2003/0381 Neubau eines Geschäftshauses am Ernst-Reuter-Platz in Monheim am Rhein  
- Verfahren zur Auswahl eines Investoren-/Architektenteams
- Ö 6. 2003/0340 Bebauungsplan Nr. 48 B (Am Sportplatz / Berghausener Straße)  
- Aufhebung des Satzungsbeschlusses  
- Öffentliche Auslegung
- Ö 7. 2003/0351 Bebauungsplan Nr. 77 M - 2. Änderung für den Bereich ehemaliges Personalwohngebäude St. Josef Krankenhaus  
- Behandlung der Anregungen  
- Satzungsbeschluss
- Ö 8. 2003/0429 Umgestaltung Rheinpromenade Alte Freiheit
- Ö 0. Bürgerfragestunde
- Ö 9. 2003/0407 Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel  
hier: Übertragung der Durchführung des Krankentransportdienstes auf eine Hilfsorganisation
- Ö 10. 2003/0392 Überplanmäßige Mittel gem. § 82 GO im Bereich Hilfen zur Erziehung
- Ö 11. 2003/0403 Überplanmäßige Mittel;  
Umlage Zweckverband Langenfeld/Monheim am Rhein
- Ö 12. 2003/0412 Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe - Kreisumlage
- Ö 13. 2003/0415 Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung  
Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Verwaltungshaushalt für die Gebäudeunterhaltung aller städtischen Gebäude
- Ö 14. 2003/0416 Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Verwaltungshaushalt für die Gebäudeunterhaltung aller städtischen Gebäude

- Ö 15. 2003/0428 Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung  
Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel  
hier: Teilerschließung B-Plan 98 M (Robert-Koch-Straße)
- Ö 16. 2003/0411 Kenntnisnahme der nicht erheblichen über- und  
außerplanmäßigen Ausgaben für die Zeit vom 01.01.-31.08.2003
- Ö 17. 2003/0410 Einbringung des Verwaltungsentwurfs einer 1.  
Nachtragshaushaltssatzung zur Haushaltssatzung 2003
- Ö 18. 2003/0424 Personalangelegenheiten  
Entwicklung eines Sollstellenplanes
- Ö 19. 2003/0419 Haushaltskonsolidierung  
hier: Einsparpotential im Fachbereich 1, Bürgerservice und  
Soziale Dienstleistungen
- Ö 20. 2003/0414 Haushaltskonsolidierung  
Einsparungspotentiale Bereich Jugend und Familie
- Ö 21. 2003/0413 Haushaltskonsolidierung  
Szenario zur Haushaltskonsolidierung (Bücherei)
- Ö 22. 2003/0417 Haushaltskonsolidierung  
Szenarium zur Haushaltskonsolidierung (VHS)
- Ö 23. 2003/0431 Haushaltskonsolidierung  
Einsparpotentiale im Bereich 3.1 Schulen und Sport
- Ö 24. 2003/0320 Haushaltskonsolidierung  
Zukunftsorientierte Einsparvorschläge FB 4
- Ö 25. 2003/0406 Finanz- und Leistungsberichte der Zentralen Dienste und der  
Gesamtverwaltung für die Zeit vom 01.01. - 31.08.03
- Ö 26. 2003/0348 Neue Organisationsstruktur des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg  
(VRS)
- Ö 27. 2003/0421 Bildung eines eigenständigen Arbeitsamtsbezirkes im Kreis  
Mettmann
- Ö 28. 2003/0378 Bestellung eines Mitgliedes für den Vorstand des Bergisch-  
Rheinischen Wasserverbandes (BRW)
- Ö 29. 2003/0436 Ergebnisfeststellung des Bürgerentscheides Schulneubau an der  
Opladener Strasse - Berliner Platz vom 12.0ktober 2003
- Ö 30. 2003/0435 Schulentwicklungsplanung  
-Festlegung der Schulart der neuen Grundschule am Standort  
Lerchenweg

- Ö 31.        2003/0434    Annahme einer Schenkung  
Seil-Kletter-Spielgerät des Fördervereins der Geschwister-Scholl-  
Schule
- Ö 32.        2003/0423    Antrag der Fraktion Peto vom 09.09.2003  
Änderung der Eintrittspreise des mona mare für Schüler
- Ö 33.        2003/0425    Antrag der CDU-Fraktion vom 22.09.2003  
Antrag auf Einrichtung einer Tempo-30-Strecke auf der  
Hauptstraße
- Ö 34.        2003/0426    Anfrage der SPD-Fraktion vom 01.10.2003  
Umbenennung des Sportplatzes Sandstraße in "MEGA-Stadion"
- Ö 35.                           Mündliche Mitteilungen
- Ö 36.                           Mündliche Anfragen

### **Nichtöffentliche Sitzung**

- NÖ 37.                    Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 38.                    Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -  
nichtöffentlicher Teil-
- NÖ 39.        2003/0391    Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 29.07.2003
- NÖ 40.        2003/0432    Personalangelegenheiten
- NÖ 41.        2003/0380    Vertragsangelegenheit
- NÖ 42.        2003/0347    Vertragsangelegenheit
- NÖ 43.        2003/0440    Vertragsangelegenheit
- NÖ 44.                           Mündliche Mitteilungen
- NÖ 45.                           Mündliche Anfragen

### **Ö 1.                    Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Er verweist auf die allen Ratsmitgliedern zugestellten Tischvorlagen  
2003/0436 Ergebnisfeststellung des Bürgerentscheides Schulneubau an der  
Opladener Straße - Berliner Platz vom 12.10.2003

- 2003/0435 Schulentwicklungsplanung - Festlegung der Schulart der neuen  
Grundschule am Standort Lerchenweg
- 2003/0434 Annahme einer Schenkung - Seil-Kletter-Spielgerät des  
Fördervereins der Geschw.-Scholl-Schule

Die Verwaltung schlägt vor, die Tagesordnung um diese Punkte unter TOP Ö 22 bis Ö 24. zu erweitern; die ursprünglichen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. Hiergegen ergibt sich kein Widerspruch.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion beantragt, die in nichtöffentlicher Sitzung unter den Tagesordnungspunkten 34 bis 40 vorgesehenen Beratungen zum Sollstellenplan und zur Haushaltskonsolidierung im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushaltsplan zu führen. Ihre Fraktion sehe weder in der Gemeindeordnung noch in der Geschäftsordnung einen Grund, diese Punkte nichtöffentlich zu diskutieren, zumal bereits der Presse Details zu entnehmen gewesen seien. Da in diesen Vorlagen Einschränkungen bei den Serviceleistungen für die Bürgerinnen und Bürger angedacht würden, müsse hierüber in einem frühen Stadium öffentlich diskutiert werden.

Der Bürgermeister hält es für vertretbar öffentlich zu diskutieren, betont jedoch, dass heute keine Entscheidung über die in den Vorlagen angedachten Maßnahmen fallen solle. Die Verwaltung wolle lediglich einen Auftrag des Rates, in der angedachten Richtung weiter arbeiten zu können.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion schließt sich dem Antrag der SPD-Fraktion an. Er ist der Meinung, dass der Rat heute die Konzeption der Verwaltung entgegennehmen könne, die Vorschläge der einzelnen Fachbereiche jedoch eingehend in den Fachausschüssen zu diskutieren seien. Insofern seien sie an die Fachausschüsse zu verweisen.

Der Bürgermeister schlägt vor, die Punkte NÖ 34 bis NÖ 40 nach dem Punkt Ö 17. (Nachtragshaushaltsplan) als Punkt Ö 17a bis Ö 17g zu behandeln, um eine Umnummerierung der folgenden Tagesordnungspunkte zu vermeiden und die Sitzungsleitung zu vereinfachen. Hiergegen ergibt sich kein Widerspruch.

*Da aus programmtechnischen Gründen in der Niederschrift nur eine laufende Nummerierung möglich ist, wurde die Bezifferung nach dem TOP Ö 17. weiter fortgeführt. (TOP Ö 17 a bis Ö 17 g = TOP Ö 18 bis TOP Ö 24, die weiteren TOP verschieben sich entsprechend.)  
Die in dieser Niederschrift enthaltene Tagesordnung entspricht dem Verhandlungsverlauf der Sitzung.*

## **Ö 2. 2003/0422 Vorstellung und Übergabe des besonderen Einkaufsleitfadens für Monheim und Baumberg**

Die Sprecherin des Monheimer Frauenforums, Frau Karin Bakker, stellt die von der Arbeitsgemeinschaft der Lokalen Agenda 21 entwickelte Broschüre vor und übergibt sie dem Bürgermeister und allen Ratsmitgliedern.

**Ö 3.                                      Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung  
-öffentlicher Teil-**

Der Rat nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

**Ö 4.    2003/0390      Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 12.06.2003**

Der Rat nimmt den Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 29.07.2003 zur Kenntnis.

**Ö 5.    2003/0381      Neubau eines Geschäftshauses am Ernst-Reuter-Platz in  
Monheim am Rhein  
- Verfahren zur Auswahl eines Investoren-/Architektenteams**

Die CDU-Fraktion stimmt der Verwaltungsvorlage zu, spricht sich jedoch für zwei Ergänzungen aus. Die bereits im Fachausschuss angesprochene Abdeckelung der Tiefgarageneinfahrt habe dort das Einverständnis des Investors gefunden. Darüber hinaus sollte versucht werden, die Trafostation aus dem Durchgang zur Weddinger Straße zu verlegen, damit hier kein Angstraum entstehe. Sie bittet die Verwaltung hierzu um Prüfung.

Der Bürgermeister betont, dass die Entfernung dieser Trafostation sehr kostenintensiv sein wird. Er sagt eine Prüfung zu.

Die SPD-Fraktion unterstützt den Beschlussvorschlag und die von der CDU-Fraktion vorgetragene Position. Darüber hinaus bittet sie auch zu prüfen, ob von allen Seiten, auch von der Brandenburger Allee aus, per Rampe ein Zugang zu der Terrassenfläche geschaffen werden kann. Unter Bezug auf die Sachdarstellung in der Vorlage bittet sie den Bürgermeister um eine Einschätzung zu den Realisierungschancen des Entwurfskonzepts.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim betont, dass er keine Zweifel an der Vermarktung der Einzelhandelsflächen und Wohnflächen habe. Auch wenn keine Nutzung durch einen Verband o.ä. im 1. Obergeschoss zu Stande komme, sehe er kein Problem darin, diese Räumlichkeiten auch auf dem freien Markt zu vermarkten.

**Beschluss**

1. Das Projekt zum Ankauf öffentlicher Räumlichkeiten zur Einrichtung eines Stadtteilcafés sowie anderer Beratungseinrichtungen wird aufgegeben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in 1. Priorität mit der Investorengemeinschaft Werner und Kraft und in 2. Priorität mit der Fa. Freundlieb einen Optionsvertrag zur Veräußerung der ehemaligen Extra-Liegenschaft mit dem Ziel der Errichtung einer Neubebauung zu verhandeln.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 6. 2003/0340 Bebauungsplan Nr. 48 B (Am Sportplatz / Berghausener Straße)**  
**- Aufhebung des Satzungsbeschlusses**  
**- Öffentliche Auslegung**

Aus der Fraktion Die Grünen kommt die Frage, ob der nach der Fäll-Aktion im Frühjahr jetzt noch vorhandene Baumbestand erhalten bleibt.

Die Verwaltung antwortet, dass alle außerhalb der im Bebauungsplan vorgesehenen Grünflächen stehenden Bäume noch gefällt werden müssen. Die Verwaltung wird jedoch in die Verhandlungen mit den Grundstücksinteressenten den Wunsch zur Erhaltung der Bäume mit einbeziehen.

Die SPD-Fraktion erklärt, dass sie den Bebauungsplan nach wie vor ablehnt. Der Wegfall des 1600 qm großen Wasserspielplatzes und die Errichtung eines nur 500 qm großen Spielplatzes als Ersatz an anderer Stelle sei nicht zu akzeptieren.

**Beschluss**

1. Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB zum Bebauungsplan Nr. 48 B (Am Sportplatz / Berghausener Straße) wird aufgehoben.
2. Der Bebauungsplan 48 B (Am Sportplatz / Berghausener Strasse) wird gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 23 Stimmen (BM, 20 CDU, 2 Peto)

dagegen: 15 Stimmen (10 SPD, 3 Grüne, 2 MBM/F.D.P.)

**Ö 7. 2003/0351 Bebauungsplan Nr. 77 M - 2. Änderung für den Bereich  
ehemaliges Personalwohngebäude St. Josef Krankenhaus**  
**- Behandlung der Anregungen**  
**- Satzungsbeschluss**

**Beschluss**

1. Die Anregungen, wie sie in Anlage 2 zur Beschlussvorlage vorgebracht wurden, werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Sachdarstellung behandelt.
2. Der Bebauungsplan Nr. 77 M – 2. Änderung wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Zu dem Bebauungsplan gehört die Begründung gem. § 9 Abs. 8 BauGB.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 8. 2003/0429 Umgestaltung Rheinpromenade Alte Freiheit**

Die Verwaltung stellt das nach der Fachausschusssitzung auf Einsparmöglichkeiten überprüfte Ausbaukonzept vor und gibt hierzu eingehende Erläuterungen.



Aus der CDU-Fraktion wird daran erinnert, dass mit dieser Planung das Thema Verbindung Monheim - Baumberg einer Projektgruppe der Zukunftswerkstatt 2020 umgesetzt werde. Die CDU-Fraktion sehe es als eine wichtige Angelegenheit an, diese Verbindung attraktiv zu gestalten, um auch eine attraktive Bebauung durch Investoren zu erreichen. Obwohl die CDU-Fraktion sich die geplante doppelseitige Allee rheinseitig gewünscht habe, habe sie sich jedoch von den Argumenten der Verwaltung überzeugen lassen und sei froh darüber, heute dieser Planung zustimmen zu können.

Die SPD-Fraktion sieht mit dieser Planung in keinster Weise die von der Projektgruppe gewünschte Verbindung Monheim - Baumberg umgesetzt, da die vorgelegte Konzeption zur Umgestaltung der Rheinpromenade mit dem Shellgelände ende. Dieses zukunftssträchtige Projekt, das nach dem noch zu behandelnden Nachtragshaushaltsplan mit 1,1 Mio € durch die Stadt finanziert werden solle, müsse vor dem finanziellen Hintergrund der Stadt beurteilt werden. Nach dem heute ebenfalls auf der Tagesordnung stehenden Finanzbericht habe die Verwaltung ein Defizit von 6 Mio € gegenüber Plan erwirtschaftet, damit steige das Defizit auf 12,8 Mio €. Zur Haushaltskonsolidierung schlage die Verwaltung in den noch zu behandelnden Vorlagen Grausamkeiten vor, wie u.a. die Schließung der Bücherei und des Bürgerbüros in Baumberg. Andererseits solle jetzt dieses Projekt finanziert werden mit der Begründung, dass eine Qualitätsverbesserung vor allem zu einer verbesserten Aufenthaltsqualität führe. Hier werde nach Auffassung der SPD-Fraktion Kosmetik betrieben, während es in anderen Stadtteilen an die Substanz gehe. Zur Finanzierung des Projekts werde auf die Anschaffung eines Feuerwehrbootes und eines Krankentransporters verzichtet, der lange geplante Radweg Klappertorstraße entfalle und der gerade eingestellte Zuschuss für das Einkaufszentrum Baumberg werde um 100 000 € gekürzt. Aus Sicht der SPD-Fraktion sei diese Finanzierung eine Katastrophe für die Stadt, die an allen Ecken bluten müsse, während dieses Projekt in dieser Form durchgeführt werde. Sie werde diese kurzatmige Politik nicht unterstützen. Auch für die SPD-Fraktion habe die Förderung der Gewerbeansiedlung und die Sicherung und der Ausbau von Arbeitsplätzen Vorrang. Angesichts der katastrophalen Finanzlage und der katastrophalen Gegenfinanzierung lehne sie jedoch diesen Beschlussvorschlag ab und fordere die Verwaltung auf, eine Konzeption vorzulegen, die zwar die Erschließung des Geländes ermögliche und damit auch die Ansiedlung von Gewerbe, die jedoch auf Kosmetik verzichte. Sie bittet die Verwaltung mitzuteilen, ob es einen Investor für den Rheinanleger gibt und wann diese Maßnahme realisiert werden soll.

Der Bürgermeister führt aus, dass es einen interessierten Investor gibt. Nach den Herbstferien sei eine Abstimmung mit der LEG erforderlich, danach werde die Verwaltung über den Sachstand informieren.

Er macht deutlich, dass die zur Finanzierung eingesetzten Finanzmittel in diesem Jahr nicht mehr benötigt werden und es deshalb zweckmäßig ist, diese sinnvoll zu verwenden. Insbesondere verweist er darauf, dass sich bei der Ausbauplanung der Eingänge Nord und Ost des Einkaufszentrums Baumberg herausgestellt hat, dass diese Maßnahme mit 100 000 € zu realisieren ist, so dass die restlichen 100 000 € für das Projekt Rheinpromenade Verwendung finden können.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion betrachtet die Ausführungen der SPD-Fraktion als polemisch und verweist auf die total verfehlte Finanzierung der Gemeinden, die landesweit die Ursache für die Finanzsituation der Gemeinden sei. Er spricht sich für diese Investition in das zukunftssträchtige und nachhaltige Projekt Rheinuferpromenade aus, die zum Ziel habe, die, wenn auch noch nicht vollständige, Verbindung zwischen Monheim und Baumberg attraktiver zu machen und das Shellgelände vermarkten zu können. Die CDU-Fraktion betrachte dies nicht als Kosmetik, sondern als unabdingbar erforderlich, um attraktive Unternehmen und Investoren zu interessieren. Der Sprecher verweist auf die Chance der Schaffung von Arbeitsplätzen und appelliert, diese Investition zu tätigen.

Die Fraktion Die Grünen spricht sich dafür aus, den mit dem Kauf der Grundstücksflächen von der Stadtentwicklungsgesellschaft begonnenen Weg weiter zu gehen, wenngleich nicht sicher sei, ob eine attraktiv gestaltete Rheinfront tatsächlich weitere Investoren anziehe. Gleichwohl sei die Fraktion Die Grünen der Meinung, dass die Schaffung eines attraktiven Umfelds erforderlich sei, wobei über den zeitlichen Rahmen der Umsetzung noch zu sprechen sei. Kritisch sei in diesem Zusammenhang zu sehen, dass an der Rheinpromenade für viel Geld neue Bäume angepflanzt würden, während gleichzeitig alte Bäume im Bereich des Bebauungsplanes 48 B einer Wohnbebauung weichen müssten. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, inwieweit das Thema ökologische Durchgängigkeit für die entlang des Rheins lebenden Tiere bei der vorgestellten Planung eine Rolle spiele.

Die Verwaltung führt hierzu aus, dass die Planung den Uferbereich des Rheins nicht tangiert und ökologische Aspekte bei dieser Stadtentwicklungsmaßnahme eine untergeordnete Rolle spielen. Der Vertreter der MBM begrüßt die vorgestellte Planung, die sicherlich auch dazu beitrage, das Gelände attraktiv vermarkten zu können. Eine Zustimmung dazu würde ihm allerdings sehr viel leichter fallen, wenn die Finanzierung auch nur halbwegs solide wäre. Er kritisiert die Heranziehung von Haushaltsausgaberesten für diese Maßnahme und ist der Meinung, dass die zur Finanzierung herangezogenen Maßnahmen nur in die nächsten Jahre verlagert werden, also keine Einsparungen darstellen. Bei der derzeitigen Finanzlage der Stadt halte er es für überlegenswert, die nur als groben Unfug zu bezeichnende Idee einer neuen Stadthalle zurückzustellen und die hierfür als ersten Finanzierungsteil bereitgestellte 1 Mio € für die Realisierung der Rheinpromenade zu verwenden.

Die Vertreterin der F.D.P. hält das letzte Stück bebaubare Rheinfront für ein Filetstück und insofern betrachte sie die vorgeschlagene Planung nicht als Kosmetik, sondern für erforderlich, um die dort vorgesehene Konzeption auch verwirklichen zu können. Den Einsatz von Haushaltsausgaberesten für diese Planung halte sie gegenüber dem Einsatz zum Schuldenabbau für wichtiger, da diese Investitionen die Stadt auf dem Weg zur Ansiedlung von Gewerbe und damit der Schaffung weiterer Arbeitsplätze weiter bringe.

Die Fraktion Peto betont, dass sie sich trotz der erheblichen Ausgaben für die Planung ausspreche. Sie halte die Konzeption zur Verschönerung der Rheinfront für erforderlich, um Investoren anzuziehen. Sie stimme dem Beschlussvorschlag zu, bitte jedoch nachdrücklich darum, dass der vorgestellte Kostenrahmen auch eingehalten und die Maßnahme nicht doch noch teurer werde.

In der anschließenden Diskussion gibt der Kämmerer auf Wunsch aus der CDU-Fraktion Erläuterungen zu den Haushaltsausgaberesten.

#### **Tierheim Hilden**

Etatisiert waren 50.000 € 25.000 € wurden gewährt; der Rest steht zur Verfügung.

#### **Beschaffung Feuerwehrboot**

Das Feuerwehrboot wurde beschafft und bezahlt. Der Haushaltsrest steht zur Verfügung.

#### **Beschaffung Löschfahrzeug LF 8/6**

Die Beschaffung des LF 8/6 Fahrzeuges wurde in 2001 unter dem Vorbehalt einer Landesförderung etatisiert. Eine Förderung erfolgte nicht. Der in 2002 beschlossene Brandschutzbedarfsplan sieht die Notwendigkeit der Beschaffung nicht vor. Der Haushaltsrest steht zur Verfügung.

#### **Beschaffung Krankentransporter**

Der Krankentransport wird dem Malteser Hilfsdienst gegen Bezahlung der entsprechenden Dienstleistung übertragen. Vertraglich stellt der Malteser Hilfsdienst auch die notwendigen Fahrzeuge. Eine Beschaffung durch die Stadt entfällt daher. Der Haushaltsrest steht zur Verfügung.

## **Sanierung Heinrich-Häck-Stadion**

Gemäß Ratsbeschluss wird das Heinrich-Häck-Stadion aufgegeben und Sanierungsarbeiten entfallen daher. Der Haushaltsrest steht zur Verfügung.

## **Radwege Klappertorstraße und Klappertorstraße/Kielsgraben**

Die Entscheidung über die Aufgabe dieser Projekte ist durch den Rat zu treffen. Die Erfolgsaussichten des Grunderwerbs für den Radweg Klappertorstraße/Kielsgraben sind momentan gering. Weder Bewilligung von Zuwendungen noch Ausbau sind daher zeitlich abzusehen.

## **Einkaufszentrum Baumberg**

250.000 € sind etatisiert. Die Maßnahmen sind ausgeschrieben. Die Kostenkalkulationen belegen, dass von der Stadt rund 150.000 € aufzubringen sind.

Der Haushaltsrest steht zur Verfügung.

Aus der Fraktion Die Grünen wird bedauert, dass diese Erläuterungen weder der jetzt zu behandelnden Vorlage noch dem später zu diskutierenden Nachtragshaushaltsplan zu entnehmen sind, was zu Irritationen geführt habe. Für sie stelle sich die Frage, ob die Stadt sich die Ausgabe von 1,1 Mio € für die Maßnahme Rheinpromenade angesichts der prekären Haushaltssituation leisten könne. Sie halte die Ausgabe aus zwei Aspekten für verantwortbar. Ohne diese Erschließung werde eine Vermarktung kaum möglich sein; das zeigten auch die schleppenden Verhandlungen mit potentiellen Investoren. Kritisch sei hier anzumerken, dass die mit der Gründung der SEG verbundenen Hoffnungen zur Sicherstellung der Vermarktung des Shellgeländes sich nicht erfüllt hätten. Zum anderen werde die Stadt durch diese Maßnahme nachhaltig verschönt und gewinne Profil, wobei jedoch nicht außer Acht gelassen werden könne, dass damit eine Verbindung Monheim - Baumberg nicht geschaffen werde, da die Maßnahme am Ende des Shellgeländes ende. Die Fraktion Die Grünen stimme dem Projekt zu, fordere jedoch eine Ablaufplanung ein, in der dringend ein abschnittsweises Vorgehen und ein vernünftiges Miteinander mit der Erschließung des Shellgeländes festgelegt werden müsse. Kritisch merkt sie an, dass nicht daran gedacht wurde, die Investoren zumindest teilweise über den Kaufpreis an diesen Erschließungskosten zu beteiligen. Sie erklärt ihre Zustimmung zur Vorlage unter der Voraussetzung, dass Ziffer 3 des Beschlussvorschlages dahingehend geändert wird, dass die Maßnahme unter den Vorbehalt der Sicherstellung der Mitfinanzierung durch die LEG und den Investor Rhein Anleger gestellt wird.

Aus der CDU-Fraktion wird bemerkt, dass aufgrund der Beschlussformulierung nicht davon auszugehen ist, dass die Ausbauplanung nochmals vorgelegt wird. Deshalb wird vor dem Hintergrund von nicht unerheblichen Folgekosten die Frage gestellt, welche Baumarten in den vorgesehenen Grünflächen vorgesehen sind. Der Bürgermeister erwidert, dass hierzu noch keine konkreten Aussagen gemacht werden können. Heute gehe es um die Entscheidung, die Planungen auf der Grundlage des vorgelegten Konzeptes voranzutreiben. Er sagt zu, die endgültige Ausbauplanung nochmals im Fachausschuss vorzustellen.

## **Beschluss**

1. Der Rat stimmt dem vorgelegten Ausbaukonzept zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der Vorentwurfsplanung die weiteren Planungen voranzutreiben.
3. Unter dem Vorbehalt der Sicherstellung der Finanzierung der Umgestaltung der Rheinuferpromenade durch die Beteiligten wird die Verwaltung beauftragt mit der Ausschreibung und Realisierung der Maßnahme.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 28 Stimmen (BM, 20 CDU, 3 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)  
dagegen: 10 Stimmen (SPD)

**Ö 0. Bürgerfragestunde****Beginn: 19.45 Uhr**

Keine Wortmeldungen.

**Ende: 19.45 Uhr****Ö 9. 2003/0407 Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel  
hier: Übertragung der Durchführung des  
Krankentransportdienstes auf eine Hilfsorganisation****Beschluss**

Gemäß § 82 Gemeindeordnung Nordrhein Westfalen (GO NRW) in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der Haushaltsstelle 1600.7170.00 in Höhe von 16.000 € erteilt.

Zur Deckung des Betrages werden Haushaltsmittel der Haushaltsstelle 9000.8810.00 – Gewerbesteuerumlage – herangezogen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 10. 2003/0392 Überplanmäßige Mittel gem. § 82 GO im Bereich Hilfen zur  
Erziehung****Beschluss**

Gem. § 82 GO NRW in Verbindung mit § 7. Abs. 1 der Haushaltssatzung wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der Haushaltsstelle 4550.7700.00 – Heimerziehung – in Höhe von 170.000,00 € erteilt. Zur Deckung des Betrages werden Haushaltsmittel der Haushaltsstellen 9000.8100.00 (Gewerbesteuerumlage – 100.000,00 €), 4550.2510.00 (Kostenbeiträge - 50.000,00 €) und 4550.1620.00 (Erstattungen anderer Jugendhilfeträger – 20.000,00 €) herangezogen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 11. 2003/0403 Überplanmäßige Mittel;  
Umlage Zweckverband Langenfeld/Monheim am Rhein**

**Beschluss**

Gem. § 82 GO NRW in Verbindung mit § 7. Abs. 1 der Haushaltssatzung wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der Haushaltsstelle 1.4530.7230.00 – Umlage Zweckverband – in Höhe von 25.719,32 € erteilt. Zur Deckung des Betrages werden Haushaltsmittel der HHSt: 9000.8100.00 – Gewerbesteuerumlage – herangezogen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 12. 2003/0412 Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe - Kreisumlage**

**Beschluss**

Gem. § 82 GO NRW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der Haushaltsstelle 9050.8320.00 Kreisumlage – in Höhe von 24.419,33 € erteilt.  
Zur Deckung des Betrages werden Haushaltsmittel der Haushaltsstelle 9000.8100.00 – Gewerbesteuerumlage- herangezogen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 13. 2003/0415 Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung  
Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Verwaltungshaushalt  
für die Gebäudeunterhaltung aller städtischen Gebäude**

Nach Beantwortung einer Frage aus der SPD-Fraktion fasst der Rat folgenden

**Beschluss**

Die am 04.09.2003 durch Herrn Spiecker und Ratsmitglied Dr. Ulrich Müller getroffene Dringliche Entscheidung wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 14. 2003/0416      Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Verwaltungshaushalt  
für die Gebäudeunterhaltung aller städtischen Gebäude**

**Beschluss**

Gem. § 82 GO NRW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der Haushaltsstelle 0620.5000.00 - Gebäudeunterhaltung - in Höhe von 70.000,00 €erteilt.  
Zur Deckung des Betrages werden Haushaltsmittel der Haushaltsstelle 9000.8100.00 - Gewerbesteuerumlage - herangezogen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 15. 2003/0428      Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung  
Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel  
hier: Teilerschließung B-Plan 98 M (Robert-Koch-Straße)**

**Beschluss**

Die am 01.10.2003 vom Haupt- und Finanzausschuss gefasste Dringliche Entscheidung über die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der Haushaltsstelle 6300.9615.10 in Höhe von 45.000 €wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**  
dafür:                25 Stimmen (BM, 20 CDU, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)  
dagegen:            13 Stimmen (10 SPD, 3 Grüne)

**Ö 16. 2003/0411      Kenntnisnahme der nicht erheblichen über- und  
außerplanmäßigen Ausgaben für die Zeit vom 01.01.-31.08.2003**

Angesichts der finanziellen Lage der Stadt wird aus der CDU-Fraktion Kritik an der Neumöblierung des Büros des Fachbereichsleiters 4 geübt.  
Der Bürgermeister betont, dass die Budgetverantwortung beim Fachbereich liegt. Die CDU-Fraktion hält es für angebracht, mit dem Fachbereichsleiter eingehend über den Begriff Verantwortung zu sprechen.

Die Verwaltung beantwortet weitere Fragen aus den Fraktionen der SPD und der MBM/F.D.P.  
U.a. teilt sie mit, dass die Erhöhung der Gutachten- und Prozesskosten insbesondere aus dem kostenträchtigen Gutachten für den Brandschutzbedarfsplan resultiert.

Der Rat nimmt die nicht erheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben für die Zeit vom 01.01.2003 bis zum 31.08.2003 zur Kenntnis.

**Ö 17. 2003/0410 Einbringung des Verwaltungsentwurfs einer 1.  
Nachtragshaushaltssatzung zur Haushaltssatzung 2003**

Der Bürgermeister schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 17 bis 24 zusammenhängend zu behandeln. Er macht deutlich, dass die im Nachtragshaushaltsplan enthaltenen vier Projekte des Vermögenshaushalts zwar Zukunftsbezug haben, jedoch von der Diskussion um die Konsolidierung des Verwaltungshaushalts zu trennen sind. Er führt eingehend zum beabsichtigten Sollstellenplan aus, der aufzeigen werde, wohin sich die Stellenbedarfsplanung bis zum Jahr 2008 entwickeln soll. Diese strategische Personalplanung sei Teil der Haushaltskonsolidierung.. Der Sollstellenplan werde entwickelt entsprechend der zur Haushaltskonsolidierung noch zu beschließenden Maßnahmen und ergänzt noch um einen Personalentwicklungsplan. Der Bürgermeister macht deutlich, dass die von der Verwaltung vorgeschlagenen Konsolidierungsmaßnahmen nicht ohne Leistungsverzicht und den Abbau von Leistungen gegenüber dem Bürger möglich sind. Die Vorlagen zeigten deutlich auf, dass man sich gewissen Luxus von städtischen Einrichtungen und Öffnungszeiten nicht mehr leisten könne. Nur so sei eine Konsolidierung des Verwaltungshaushalts langfristig und nachhaltig möglich.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion übt Kritik am vorgelegten Nachtragshaushaltsplan. Mit ihm würde nicht der Haushalt den aktuellen Zahlen angepasst, sondern er sei allein aufgestellt worden, um in diesem Jahr noch die aufgezeigten 4 Projekte durchzuführen, zumal der amtierende Rat wohl kaum erleben werde, dass der Haushaltsplan 2004 genehmigt werde. Wie schlimm die finanzielle Lage der Stadt sei, zeige lediglich der vorgelegte Finanzbericht. Die Sprecherin stellt in Frage, dass Maßnahmen, wie z.B. die Verbesserungsmaßnahmen am Einkaufszentrum Holzweg solide ermittelt wurden, anders seien Haushaltsreste insbesondere in der derzeitigen finanziellen Situation nicht zu erklären.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim verweist darauf, dass der Nachtragshaushaltsplan heute eingebracht und in der nächsten Ratssitzung verabschiedet werden soll. Eine Sachdiskussion sei heute nicht zu führen.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion betont, dass ihre Fraktion das vorgelegte Papier nicht für einen Nachtragshaushaltsplan hält. Selbstverständlich werde sie jedoch der Verweisung an die Ausschüsse zustimmen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion verweist auf die bisher übliche Verfahrensweise bei der Einbringung von Haushalten, wo lediglich die Verwaltung Erläuterungen gab. Die Detailberatung werde in den Ausschüssen geführt. Er beantragt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, den Nachtragshaushaltsplan sowie den Sollstellenplan und die Vorschläge der Verwaltung zur Haushaltskonsolidierung zur Beratung an die Ausschüsse zu verweisen und nach deren Beratung abschließend im Rat darüber zu entscheiden.

Der Bürgermeister stimmt diesem Verfahren zu, bittet jedoch darum, dass der Rat heute zum Sollstellenplan entscheidet und die Verwaltung beauftragt, damit der Personalrat verbindlich mit in das Verfahren einbezogen werden kann.

Aus der SPD-Fraktion wird bemerkt, dass eine verbesserte Aufenthaltsqualität Argument für die Maßnahme Rheinpromenade sei. Vor diesem Hintergrund von Luxus im Zusammenhang mit dem Bürgerbüro und der Bücherei in Baumberg zu sprechen und diese Leistungen aus Baumberg abziehen zu wollen, sei eine Politik, die die SPD-Fraktion nicht mittragen werde.

Aus der CDU-Fraktion wird auf das übliche Procedere bei der Einbringung von Haushalten verwiesen und der Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte gestellt.

Aus der Fraktion Die Grünen wird darauf hingewiesen, dass dieses übliche Procedere nicht das gute Recht der Ratsmitglieder beschneiden könne, zum Thema zu sprechen.

Der Kämmerer führt aus, dass sich die Notwendigkeit dieses Nachtrags aus der Sachdarstellung der Vorlage und dem Vorbericht des Nachtragshaushaltsplans ergibt. Neben dem Projekt Rheinpromenade sei er für die drei anderen Maßnahmen zwingend erforderlich gewesen, weil bereits Erlöse im Haushalt des laufenden Jahres und der kommenden Jahre vorgesehen seien und die Erschließungsmaßnahmen sich verändert haben oder noch etatisiert werden müssen. Außerdem habe sich bei den Sanierungsarbeiten Knipprather Busch ergeben, dass es wichtig sei, die Sanierung in einem Zuge mit der Erschließung durchzuführen und zu finanzieren. Der Nachtragshaushalt sei mit der Aufsichtsbehörde abgestimmt, die sich davon überzeugt habe, dass jedes Projekt solide gegenfinanziert sei.

Der Antrag auf Schluss der Debatte wird mit 25 Stimmen (BM, 20 CDU, 2 Grüne, 2 MBM/F.D.P.) bei 13 Gegenstimmen (10 SPD, 2 Peto, 1 Grüne) angenommen.

### **Beschluss**

Der Verwaltungsentwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung zur Haushaltsatzung 2003 der Stadt Monheim am Rhein wird zur Beratung an die Ausschüsse verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

## **Ö 18. 2003/0424 Personalangelegenheiten Entwicklung eines Sollstellenplanes**

Diskussion s. TOP Ö 17.

Die Frage aus der Fraktion Die Grünen, ob bei der Aussage, bis 2008 35 Stellen einsparen zu können, das Thema Zusammenführung der Feuerwehren Langenfeld und Monheim bereits einbezogen ist, wird vom Bürgermeister verneint.

Aus der SPD-Fraktion kommt die Frage, ob der Personalrat nur unterrichtet oder beteiligt werden muss.

Der Bürgermeister führt aus, dass der Personalrat vom beabsichtigten Verfahren unterrichtet wurde. Nach dem heutigen Auftrag des Rates werde das förmliche Mitwirkungsverfahren begonnen.

### **Beschluss**

Dem Verfahrensvorschlag zur Entwicklung eines Sollstellenplanes wird zugestimmt..

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig



**Ö 19. 2003/0419    Haushaltskonsolidierung  
hier: Einsparpotential im Fachbereich 1, Bürgerservice und  
Soziale Dienstleistungen**

Diskussion s. TOP Ö 17.

Aus der SPD-Fraktion wird angefragt, ob die ursprünglich nichtöffentlichen Vorlagen zur Haushaltskonsolidierung jetzt auch offiziell der Presse zugestellt werden.

Der Bürgermeister führt aus, dass einige Vorlagen überarbeitet werden müssen, da in ihnen nichtöffentliche Daten enthalten sind. Die Vorlagen würden als Bestandteil der Unterlagen für die öffentlichen Sitzungen der Fachausschüsse selbstverständlich auch der Presse zugehen. Die Verwaltung hoffe, dann auch bereits die Stellungnahme des Personalrats mit vorlegen zu können.

Die Angelegenheit wird einstimmig zur Beratung an den Fachausschuss verwiesen.

**Ö 20. 2003/0414    Haushaltskonsolidierung  
Einsparungspotentiale Bereich Jugend und Familie**

Diskussion s. TOP Ö 17. und Ö 19.

Die Angelegenheit wird einstimmig zur Beratung an den Fachausschuss verwiesen.

**Ö 21. 2003/0413    Haushaltskonsolidierung  
Szenario zur Haushaltskonsolidierung (Bücherei)**

Diskussion s. TOP Ö 17. und Ö 19.

Die Angelegenheit wird einstimmig zur Beratung an den Fachausschuss verwiesen.

**Ö 22. 2003/0417    Haushaltskonsolidierung  
Szenarium zur Haushaltskonsolidierung (VHS))**

Diskussion s. TOP Ö 17. und Ö 19.

Die Angelegenheit wird einstimmig zur Beratung an den Fachausschuss verwiesen.

**Ö 23. 2003/0431    Haushaltskonsolidierung  
Einsparpotentiale im Bereich 3.1 Schulen und Sport**

Diskussion s. TOP Ö 17. und Ö 19.

Die Angelegenheit wird einstimmig zur Beratung an den Fachausschuss verwiesen.

**Ö 24. 2003/0320    Haushaltskonsolidierung  
Zukunftsorientierte Einsparvorschläge FB 4**

Diskussion s. TOP Ö 17. und Ö 19.

Die Angelegenheit wird einstimmig zur Beratung an den Fachausschuss verwiesen.

**Ö 25. 2003/0406    Finanz- und Leistungsberichte der Zentralen Dienste und der  
Gesamtverwaltung für die Zeit vom 01.01. - 31.08.2003**

Der Rat nimmt die Finanz- und Leistungsberichte der Zentralen Dienste und der Gesamtverwaltung für die Zeit vom 01.01.-31.08.2003 zur Kenntnis.

**Ö 26. 2003/0348    Neue Organisationsstruktur des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg  
(VRS)**

**Beschluss**

Die Stadt Monheim am Rhein genehmigt die Übertragung aller Anteile der Kommunen von der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH auf den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg.

Die Entwürfe der modifizierten Regelwerke sind Bestandteil des Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 27. 2003/0421 Bildung eines eigenständigen Arbeitsamtsbezirkes im Kreis Mettmann**

Aus der CDU-Fraktion wird die Erforderlichkeit eines eigenständigen Arbeitsamtes für den Kreis Mettmann begründet.

Die SPD-Fraktion begrüßt ebenfalls die Bemühungen als richtigen Weg.

**Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein unterstützt die Bemühungen des Kreises Mettmann zur Bildung eines eigenständigen Arbeitsamtsbezirkes im Kreisgebiet.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 28. 2003/0378 Bestellung eines Mitgliedes für den Vorstand des Bergisch-Rheinischen Wasserverbandes (BRW)**

**Beschluss**

Für den Vorstand des Bergisch-Rheinischen Wasserverbandes (BRW) werden bestellt:

**Mitglied**

Gerd Spiecker Beigeordneter

**Stellvertreter**

Dr. Thomas Dünchheim Bürgermeister

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 29. 2003/0436 Ergebnisfeststellung des Bürgerentscheides Schulneubau an der Opladener Strasse - Berliner Platz vom 12. Oktober 2003**

Die CDU-Fraktion betont, dass sie sich in ihrer Politik durch das Ergebnis des Bürgerentscheids bestätigt fühlt. Sie bedauert, die geringe Beteiligung.

Auch die SPD-Fraktion bemerkt, dass sie sich eine höhere Beteiligung gewünscht habe. Obwohl sie das Ergebnis bedauere, sei die Entscheidung der Bürger zu akzeptieren. Sie spricht der Elterninitiative der Wilhelm-Busch-Schule Dank und Anerkennung für ihre Arbeit aus.

Der Bürgermeister dankt den 50 ehrenamtlichen Kräften für ihre Arbeit in den 10 Wahllokalen und spricht auch den beteiligten Bediensteten der Verwaltung Dank und Anerkennung des Rates aus.

**Beschluss**

Das Ergebnis des Bürgerentscheides Schulneubau an der Opladener Straße / Berliner Platz vom 12. Oktober 2003 wird wie folgt festgestellt:

Der Bürgerentscheid ist nicht erfolgreich, da das erforderliche Stimmenquorum von 20 vom Hundert aller Stimmberechtigten nicht erreicht wurde.

Von den 32.067 Stimmberechtigten haben

mit „Ja“ gestimmt: 1.393 Stimmberechtigte

mit „Nein“ gestimmt: 5.097 Stimmberechtigte.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 30. 2003/0435 Schulentwicklungsplanung  
-Festlegung der Schulart der neuen Grundschule am Standort  
Lerchenweg**

Der Sprecher der CDU-Fraktion betont, dass beiden am Bürgerentscheid beteiligten Elterninitiativen für ihre engagierte ehrenamtliche Arbeit zu danken sei, egal wie man inhaltlich dazu stehe. Nach dem Ergebnis des Bürgerentscheids müsse jetzt Schluss mit dem Streit um den Schulstandort sein. Es sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo alle Beteiligten an einem Strang ziehen und zum Wohle der Kinder der Stadt die Entscheidung bestmöglichst umsetzen müssten. Da in den bisherigen Diskussionen immer gesagt worden sei, dass die neue Schule als offene Ganztagschule geführt werden solle, müsse der Beschlussvorschlag entsprechend erweitert werden. Er macht einen Ergänzungsvorschlag.

Nachdem sich die Fraktion Die Grünen diesen Ausführungen angeschlossen hat, lässt der Bürgermeister über die Beschlussvorlage mit der von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Ergänzung abstimmen.

**Beschluss**

1. Die zum Schuljahr 2005/06 am Standort Lerchenweg zu errichtende Grundschule wird in Form einer Gemeinschaftsgrundschule geführt.
2. Ziffer 2 des Ratsbeschlusses vom 29.07.2003 (Drucksache-Nr. 2003/0313) erhält folgende Fassung:  
„Im Gebäude G der Peter-Ustinov-Gesamtschule wird zum Schuljahr 2005/06 eine neue dreizügige **Gemeinschafts**grundschule gem. § 19 Schulordnungsgesetz (SchOG) für die Kinder aus den Schulbezirken der Grundschulen Sandberg und Wilhelm-Busch errichtet.“
3. Der Schulträger beabsichtigt, die neue Schule im Einvernehmen mit der Schulkonferenz als offene Ganztagschule zu führen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 31. 2003/0434 Annahme einer Schenkung  
Seil-Kletter-Spielgerät des Fördervereins der Geschwister-  
Scholl-Schule**

**Beschluss**

1. Wegen der Eilbedürftigkeit des Beschlusses zieht der Rat der Stadt Monheim am Rhein die Entscheidung gemäß §9 Abs. 4 der Hauptsatzung an sich.
2. Das vom Förderverein der Geschwister-Scholl-Schule zur Verfügung gestellte Spiel- und Klettergerät wird als Schenkung angenommen.
3. Mit der Inbetriebnahme des Spielgerätes geht die Unterhaltung und die Verkehrssicherungspflicht auf die Stadt Monheim am Rhein über.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 32. 2003/0423 Antrag der Fraktion Peto vom 09.09.2003  
Änderung der Eintrittspreise des mona mare für Schüler**

Die CDU-Fraktion steht dem Antrag wohlwollend gegenüber, ist jedoch der Meinung, dass ein ermäßigter Eintrittspreis für Schüler ab 18 Jahre im Zusammenhang aller Tarife gesehen werden muss. Sie spricht sich für eine Überweisung des Antrages an den Aufsichtsrat der MVV aus, der dem Rat dann eine Empfehlung geben wird.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Antrag inhaltlich zu, spricht sich jedoch auch für eine Beratung im Rahmen der Gesamttarifstruktur des mona mare aus. Sie verweist auf die zz. laufende diesbezügliche Diskussion und plädiert dafür, dass der Aufsichtsrat sich schnellstmöglich mit der Angelegenheit befasst.

Der Sprecher der Fraktion Die Grünen lehnt den Antrag ab. Er verweist auf die Diskussionen im Aufsichtsrat der MVV über die Notwendigkeit der Verbesserung der Einnahmesituation und die Vereinheitlichung der Tarifstruktur. Der vorliegende Antrag stehe beidem entgegen.

Der Antrag wird bei einer Gegenstimme (Grüne) an den Aufsichtsrat der MVV verwiesen.

**Ö 33. 2003/0425 Antrag der CDU-Fraktion vom 22.09.2003  
Antrag auf Einrichtung einer Tempo-30-Strecke auf der  
Hauptstraße**

Die CDU-Fraktion begründet ihren Antrag.

Die Fraktion Die Grünen plädiert dafür, den Antrag an den Fachausschuss zu verweisen und dort fundiert zu diskutieren, da er im Zusammenhang mit dem Verkehrsentwicklungsplan gesehen werden müsse. Sie hält die Einführung von Tempo 30 auf der Hauptstraße für eine Insellösung und spricht sich dafür aus, flächendeckend Tempo 30 einzuführen.

Der Bürgermeister berichtet über die bisherigen Maßnahmen der Verwaltung zur Entschärfung der Situation auf der Hauptstraße. Er schlägt vor, dass die Verwaltung für die Fachausschusssitzung am 05.11.2003 eine Vorlage erarbeitet und unter Einbeziehung des Verkehrsentwicklungsplanes ein Gesamtkonzept vorlegt, wobei sie hinsichtlich der Hauptstraße den Straßenbaulastträger mit einbezieht.

Dieser Verfahrensweise stimmt der Rat einstimmig zu.

**Ö 34. 2003/0426 Anfrage der SPD-Fraktion vom 01.10.2003  
Umbenennung des Sportplatzes Sandstraße in "MEGA-Stadion"**

Der Bürgermeister beantwortet die Anfragen wie folgt:

Zu 1.

Ein Gremium im Sinne der Gemeindeordnung oder Hauptsatzung hat nicht über die Benennung des Sportplatzes entschieden. Die Stadttochter MVV hat im Rahmen eines Marketingvertrages einen Vertrag mit den Sportfreunden Baumberg abgeschlossen.

Zu 2.

Es gibt keine gemeindeverfassungsrechtliche oder öffentlichrechtliche Verpflichtung, städtische Einrichtungen mit Namen zu versehen. Auch aus dem Namensrecht ist keine Verpflichtung abzuleiten. Lediglich Straßen müssen benannt werden.

Zu 3.

Im Vorfeld des Vertrages ist mit anderen Vereinen nicht gesprochen worden und es sind auch keine Zusagen gemacht worden. Die MVV hat die Marketingidee der Sportfreunde Baumberg aufgegriffen und der Aufsichtsrat der MVV hat deren Umsetzung beschlossen.

Aus der SPD-Fraktion wird zu den Ausführungen des Bürgermeisters bemerkt, dass ausweislich des Protokolls über die Aufsichtsratssitzung beschlossen wurde, dass die Geschäftsführung der MVV auf der vorgenannten Basis weitere Gespräche führt. Dies schließt nicht den Abschluss eines Vertrages ein.

Der Bürgermeister führt aus, dass es in dieser Frage einen Dissens zwischen ihm und den Aufsichtsratsmitgliedern Klein und Goller gibt. Grund hierfür sei eine sehr unscharfe Formulierung im Protokoll. Die Geschäftsführung habe den Beschluss so interpretiert, dass der Vertrag bei Erfüllung gewisser Bedingungen durch den Verein abgeschlossen werden könne. Er verweist auf seine hierzu im Aufsichtsrat abgegebene Erklärung, zukünftig auf eine saubere Beschlussformulierung und Durchführung der Beschlüsse zu achten.

**Ö 35. Mündliche Mitteilungen**

**Ö 35.1 Mündliche Mitteilungen der Gleichstellungsbeauftragten**

Die Gleichstellungsbeauftragte teilt mit:

Im Rahmen der landesweiten Aktionswochen unter dem Motto "Frauen und Rechte" finden im Kreis Mettmann zahlreiche von den Gleichstellungsbeauftragten initiierte Veranstaltungen statt. In Monheim am Rhein wird in Kooperation mit der VHS eine Veranstaltung zum Thema "Patientinnen- und Patientenrechte" durchgeführt, die auch im Programmheft der VHS enthalten ist.

Zum Gewaltschutzgesetz hat es nach den dem Rat Anfang 2002 gegebenen Informationen mit allen involvierten Stellen einen regelmäßigen und regen Austausch gegeben. Das Gesetz zeigt Wirkung. Im Jahr 2002 gingen bei der Polizei im Kreis Mettmann 427 Strafanzeigen in Fällen häuslicher Gewalt ein, davon wurden allein in 90 Fällen die Täter der Wohnung verwiesen. Um die fachliche und persönliche Kompetenz des beteiligten Personenkreises zu verbessern und eine noch bessere Vernetzung der beteiligten Stellen zu erreichen, wird eine Fortbildung veranstaltet, die am 4., 5. und 11.11.2003 im Rathaus stattfindet. Teilnehmen werden Beschäftigte des Jugendamtes, des Sozialamtes, des Sozialen Dienstes, des Beratungszentrums, des Amtsgerichts Langenfeld und der Monheimer Polizei. Die Anmeldezahlen zeigen, dass ein bedarfsgerechtes Angebot aufgebaut wurde.

**Ö 36. Mündliche Anfragen**

**Ö 36.1 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Gronauer (CDU)  
Skater-Anlage**

Rats Herr Gronauer übt Kritik an der durchgeführten Einweihung der Skater-Anlage und fragt an, ob daran gedacht ist, diese Einweihung in einem würdigeren Rahmen und unter Einbeziehung der Ausschussmitglieder zu wiederholen.

Herr Bürgermeister Dr. Dünnheim betont, dass die Angelegenheit mit ihm nicht abgestimmt war und räumt Ungeschicklichkeiten bei den Einladungsmodalitäten ein. Er sagt zu, die Intention der Anfrage aufzunehmen und zu einer Einweihung einzuladen, die auch den Jugendring und alle, die am Projekt Skater-Anlage beteiligt waren, einbezieht.

**Ö 36.2 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Bosbach (CDU)  
Terminplanung 2004**

Rats Herr Bosbach verweist auf den Vorschlag der CDU-Fraktion zur Änderung des Entwurfs der Terminplanung 2004 und fragt nach den Reaktionen der anderen Fraktionen. Der BM teilt mit, dass drei Fraktionen sich noch nicht geäußert haben und bittet diese um Rückmeldung.

**Ö 36.3 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Bosbach (CDU)  
Parken von LKW's auf dem Gelände der ehemaligen  
Übergangswohnheime für Flüchtlinge "An der Tongrube"**

Rats Herr Bosbach verweist darauf, dass auf dem Gelände der ehemaligen Übergangswohnheime für Flüchtlinge "An der Tongrube" seit einiger Zeit vermehrt Lastwagen parken und dieses Gelände mittlerweile in einem schlimmen Zustand ist. Er fragt an, was die Verwaltung tun wird. Die Verwaltung verweist auf die gleich lautende Anfrage im letzten Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen. Die Verwaltung wird das Gelände mit alten Baumstämmen so absperren, dass eine Auffahrt nicht mehr möglich ist.

**Ö 36.4 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Prondzinsky (CDU)**

## **Kinder-Center des Kinderschutzbundes**

Ratsfrau Prondzinsky bezieht sich auf Presseberichte über das Kinder-Center des Kinderschutzbundes an der Heinestraße, die in der Öffentlichkeit zu Irritationen geführt haben. Sie bittet um Bestätigung, dass diese Irritationen ausgeräumt sind und das Betreuungsangebot des Kinderschutzbundes weiter erhalten bleibt.

Die Verwaltung berichtet, dass die Irritationen durch das Landesjugendamt ausgelöst wurden, das zunächst davon ausgegangen war, dass die Einrichtung des Kinderschutzbundes einer Betriebserlaubnis bedarf. Dies hätte eine Reihe von Auflagen zur Folge gehabt, die der Kinderschutzbund nur schwer hätte erfüllen können. Nach Gesprächen des Jugendamtes mit dem Landesjugendamt konnte jedoch erreicht werden, dass das Kinder-Center weiterhin als Bewahrcenter eingestuft wird und unter den jetzigen Voraussetzungen weiterarbeiten kann. Die intensiven Gespräche mit dem Kinderschutzbund führten dazu, dass dieser jetzt auch stärker mit in die Jugendhilfeplanung eingebunden wird. Der Kinderschutzbund verhalte sich sehr kooperativ und durch die neuen Räumlichkeiten bestehe auch die Chance, dass das Engagement weiter ausgedehnt wird.

### **Ö 36.5 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Ditz (CDU) Kielsgraben**

Ratsherr Ditz fragt nach dem Sachstand Kielsgraben.

Die Verwaltung teilt mit, dass nach Auskunft des Landesbaubetriebs der Auftrag zur Verfüllung und Fertigstellung der Straßenbaumaßnahme erteilt wurde und mit der Fertigstellung der Maßnahme im Sommer 2004 gerechnet wird. Die Verwaltung hat beim Landesbaubetrieb angeregt, dass die Arbeiten am Fuß- und Radweg zumindest bis zur Firma Aldi forciert werden. Sobald eine Rückäußerung vorliegt, wird sie weiter berichten.

### **Ö 36.6 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Haupt (Peto) Jugendcafé**

Ratsherr Haupt bezieht sich auf den Weggang des bisherigen Sachbearbeiters im Jugendamt, der das Projekt Jugendcafé betreute und fragt an, wie dies weiter verfolgt wird. Weiter stellt er die Frage, ob das alte Pumpwerk auf dem ehemaligen Shell-Gelände für die Einrichtung eines Jugendcafé in Frage komme oder evtl. andere Bauten dafür in Betracht kommen könnten.

Der Bürgermeister führt aus, dass das besagte alte Gebäude abgerissen wird. Er könne sich in dem entstehenden Rheinpark durchaus ein gastronomisches Angebot vorstellen, das auch Jugendliche anspricht. Andererseits müsse auch noch geprüft werden, inwieweit im Zusammenhang mit der Verwirklichung des neuen Geschäftshauses am Ernst-Reuter-Platz die Idee eines Jugendcafés evtl. über den SKFM weiter verfolgt werden könne. Die Leiterin des Jugendamtes, Frau Berg, werde nach dem Weggang des bisherigen Sachbearbeiters sicherstellen, dass das Projekt Jugendcafé weiter verfolgt wird.

### **Ö 36.7 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Hengsberger (SPD)**



## **Terminplanung 2004**

Ratsfrau Hengsberger bezieht sich auf den ihrer Fraktion übermittelten Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion zur Terminplanung für die Haushaltsberatungen 2004. Sie betont, dass ihre Fraktion Probleme mit dem von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen kurzen Beratungszeitrahmen hat. Im Übrigen sei die SPD-Fraktion der Meinung, dass nicht die CDU-Fraktion, sondern die Verwaltung eine klare Aussage zu einer sinnvollen Beratungsfolge machen müsse.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim schlägt vor, die Angelegenheit in dem für den 22.10.2003 einberufenen interfraktionellen Gespräch/Wirtschaftsförderungsbeirat zu besprechen. Hiergegen ergibt sich kein Widerspruch.